

SPÖ BAYR FORDERT MEHR INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Vier Fünftel aller Flüchtlinge werden in Entwicklungsländern aufgenommen

Wien (sk) - Anlässlich des Weltflüchtlingstages erinnert Petra Bayr, SPÖ Bereichssprecherin für globale Entwicklung, an die Tatsache, dass die meisten Flüchtlinge möglichst nahe ihrer Heimat bleiben. "Die neuen Daten des UNHCR-Berichts belegen, dass Flüchtlinge so lange wie möglich in deren Heimatregion bleiben, also nicht weit vor bewaffneten Konflikten, Naturkatastrophen oder anderen Bedrohungen für Leib und Leben fliehen. Von den weltweiten 10,4 Millionen Flüchtlingen leben lediglich 1,8 Millionen außerhalb deren Heimatregion."

In der europäischen Wahrnehmung geht meist unter, dass nur ein Fünftel aller Menschen, die weltweit auf der Flucht sind, in den Industrieländern Schutz suchen und davon wiederum nur ein Bruchteil aufgenommen wird. Die restlichen vier Fünftel finden in andern Entwicklungsländern temporäre Unterkunft: "8,4 von den weltweit 10,4 Millionen Menschen auf der Flucht werden in andern Entwicklungs- oder Schwellenländern aufgenommen. Dass es für Länder mit schwacher Infrastruktur eine riesige Herausforderung ist, Flüchtlinge aufzunehmen und sie angemessen zu betreuen, liegt auf der Hand. Vor allem in Kriegs- und Krisensituationen ist es eine schwierige Aufgabe für die aufnehmenden Länder, die Sicherheit der Flüchtlinge zu gewähren", so Bayr, die an die internationale Gemeinschaft appelliert, mehr Mittel für die Versorgung von Flüchtlingen bereit zu stellen. "Die Versorgung von Flüchtlingen benötigt finanzielle Mittel und personelle Ressourcen. Sind Menschen vor bewaffneten Konflikten oder Naturkatastrophen auf der Flucht, ist nicht nur das aufnehmende Land sondern auch die internationale Gemeinschaft gefordert, die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten."

Drohende Hungerkrise in der Sahelzone

Die drohende Hungerkrise in der Sahelzone verschärft sich auch wegen Menschen, die wegen des Konfliktes in Mali auf der Flucht sind. "Ich werde nicht müde, die internationale Gemeinschaft aufzurufen, die Situation in der Sahelzone ernst zu nehmen. Laut UN sind über 15 Millionen Menschen von Unterernährung bedroht, es herrscht Dürre und die nächste Ernte ist noch in ferner Zukunft. Flucht ist immer der letzte Ausweg", so Bayr und geht auf das gestrige Treffen der EU mit anderen wohlhabenden Nationen zur Krise in der Sahelzone ein. "Ich begrüße, dass 940 Million Euro im Kampf gegen den Hunger zugesagt wurden. Wichtig ist aber, dass die Gelder auch wirklich fließen und es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt. Darüber hinaus unterstütze ich voll und ganz die Aussage der EU-Kommissarin Georgiewa, die den Aufbau von "starker und dauerhafter Widerstandsfähigkeit gegen Dürre und Hunger" fordert. Denn nur so kann das Problem langfristig gelöst werden."